

Herr Köhler von der den Antrag stellenden Fraktion begründete den Antrag. Er sei so formuliert, dass die Verwaltung den Auftrag bekommen soll, zusammen mit dem „Landesbetrieb Straßen“ zu prüfen, inwieweit die Sicherheit für den Fahrradverkehr verbessert werden kann.

Die Ortsvorsteherin von Birlinghoven, Frau Borowski, stellte fest, dass es sich um ein altbekanntes Thema in Birlinghoven handelt. Die Intention des Antrages sei gut. Allerdings habe sie Bedenken hinsichtlich einiger Lösungsvorschläge. Der Angebotsstreifen, der im Antrag erwähnt wurde, würde zur Folge haben, dass 10 Parkplätze auf der Pleistalstraße wegfallen. Dies würde den Einzelhandel in Birlinghoven gefährden. Auch ein kombinierter Geh-/Radweg sehe sie in vielen Teilen als kritisch an. Die Probleme in Birlinghoven sehe sie komplexer im Hinblick auf den ruhenden und den fließenden Verkehr. Als Ortsvorsteherin wolle sie vortragen, dass man sich nicht nur auf die Fahrradfahrer beschränken solle, sondern das Problem ganzheitlich anzugehen ist.

Herr Köhler erwiderte, dass die kritischen Anmerkungen der Ortsvorsteherin in der Begründung des Antrags bereits aufgenommen wurden. Lösungsvorschläge seien aber von seiner Fraktion nicht gemacht worden. Es seien lediglich Gedankenspiele angeführt. Die Lösungen sollte den Fachleuten überlassen werden.

Frau Feld-Wielpütz von der CDU-Fraktion teilte mit, dass die Problematik bekannt sei. Man habe den Antrag so verstanden, alles ganzheitlich zu betrachten. Sie stellte die Frage, ob es ein Antrag oder ein Prüfauftrag sei. Ihre Fraktion habe das als Prüfauftrag verstanden und das Ergebnis der Prüfung solle dann im Ausschuss vorgestellt werden.

Der Ausschussvorsitzende stellte zur Klarstellung fest, dass es ein Antrag sei mit dem Tenor, die Verwaltung möge prüfen.

Herr Gleiß erkannte, dass alle gemeinsam zur Erkenntnis gelangt sind, dass im Bereich der Ortsdurchfahrt Birlinghoven gravierende Probleme bestehen. Er schlage vor, dass ähnlich wie bei der Lösung des Problems Hauptstraße in Niederpleis ein Büro beauftragt wird, welches für Birlinghoven und für die Ortsdurchfahrt Pleistalstraße eine Studie erstellt. Das bedeute, dass eine vernünftige Bestandsaufnahme, Bestandsanalysen und daraus abgeleitet Varianten erstellt werden, damit man eine vernünftige Entscheidungsgrundlage hat und somit eine vernünftige Argumentationshilfe gegenüber dem Landesbetrieb Straßen.

Der Ausschussvorsitzende fasste die Diskussion zusammen und stellte fest, dass die Verwaltung vorschlägt, für Birlinghoven eine ganzheitliche Betrachtung zu erstellen.

Damit war die den Antrag stellende Fraktion einverstanden.

Auch Herr Metz zeigte sich einverstanden mit dem Verfahrensvorschlag. Er bat, in diesen Auftrag auch die L 490 (Schlossstraße) mit hineinzunehmen. Ferner schlug er vor, dass weitere Ortsdurchfahrten wie z.B. in Meindorf sukzessive überprüft werden.

Herr Dziendziol erinnerte daran, dass man mit dem „Landesbetrieb Straßen“ auch

bezüglich der Ansiedlung des Nahversorgers zu tun habe. Er stellte die Frage, ob das mit in die Betrachtung einbezogen wird oder ob dies parallel verlaufe.

Die Lösung, die mit dem „Landesbetrieb Straßen“ erzielt wurde, werde hier einbezogen, teilte Herr Gleß mit.